



Europäische Union

Europa fördert Sachsen.



Europäischer Fonds für regionale Entwicklung



An die
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Abteilung Wirtschaft

01054 Dresden

Kundennummer (wird von SAB ausgefüllt)

Antragsnummer (wird von SAB ausgefüllt)

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für
Technologietransfermaßnahmen (ATT)**

Kosten des Vorhabens (in €) **durch SAB geprüft**

Förderquote (in %) **durch SAB geprüft**

beantragte Zuwendung (in €) **durch SAB geprüft**

geplante Vorhabenslaufzeit
von (TT.MM.JJJJ) **durch SAB geprüft**

bis (TT.MM.JJJJ) **durch SAB geprüft**

Thema des Vorhabens (keine Produktnamen oder Abkürzungen)

Besteht ein Zusammenhang des Projektes mit anderen EU- bzw. Bundesinitiativen (z. B. ERA-NET, KIC, Public Private Partnership (z. B. ECSEL), HORIZON-2020-Initiativen etc.)?

ja nein

Wenn ja, bitte Initiative hier aufführen und Beschreibung der Schnittmengen dem Antrag zusätzlich beifügen:

1. Allgemeine Angaben zum Antragsteller

Name des Antragstellers

Rechtsform **Gründungsdatum** (TT.MM.JJJJ)

Branche (NACE-Code)

Straße, Hausnummer bzw. Postfach

PLZ Ort

Telefon (mit Vorwahl) **Fax** (mit Vorwahl)

E-Mail

Homepage (www)

Geschäftsführer/Vorstand
Name ggf. **akad. Grad**

Vorname

Projektleiter
Name ggf. **akad. Grad**

Vorname

Telefon (mit Vorwahl)

Bankverbindung (für die Überweisung der Zuwendung)
IBAN **BIC**

Geldinstitut (Name und Ort)

Verwendungszweck

2. Angaben zur ausführenden Stelle

Hinweis: Nur ausfüllen, wenn die ausführende Stelle des Antragstellers eine besondere Bezeichnung oder Anschrift hat.

Ausführende Stelle (Niederlassung/Betriebsstätte)
Straße, Hausnummer bzw. Postfach
PLZ Ort

Telefon (mit Vorwahl)	Fax (mit Vorwahl)
E-Mail	
Homepage (www)	

3. Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Name, Sitz	Beteiligung (in %)	Jahresumsatz (in T€)	Bilanzsumme (in T€)	Anzahl der Beschäftigten

Gemäß Richtlinie dürfen Technologiemitteiler und Technologiegeber weder gesellschaftsrechtlich noch personell mit dem Zuwendungsempfänger verbunden sein.

Sofern der Platz an dieser Stelle für die vollständige Auflistung der Gesellschafter nicht ausreicht, fügen Sie bitte eine separate Gesellschafterliste mit den oben angeführten Angaben bei.

Gibt es eine entsprechende Verbindung, die nicht bereits aus den vorstehenden Angaben zu den Gesellschaftern des Antragstellers ersichtlich sind?

- Ja Nein es bestehen Unsicherheiten

Bei Unsicherheiten bitte eine entsprechende Sachverhaltsdarstellung und ggf. Unterlagen dem Antrag beifügen.

4. Beschäftigte/Jahresumsatz/Bilanzsumme

	aktuelles Geschäftsjahr	letztes Geschäftsjahr	vorletztes Geschäftsjahr
Geschäftsjahr (JJJJ) (bitte geben Sie die Jahreszahl an)	 	 	
Jahresarbeits-einheiten ¹	 	 	
davon weiblich	 	 	
Jahresarbeits-einheiten ¹ in Forschung und Entwicklung	 	 	
davon weiblich	 	 	
Jahresumsatz in T€	 	 	
Bilanzsumme in T€	 	 	

¹ Eine Jahresarbeits-einheit entspricht einer Person, die in der Einrichtung während eines Geschäftsjahres einer Vollzeitbeschäftigung nachgegangen ist bzw. voraussichtlich nachgehen wird. Personen, die im Rahmen von Teilzeitregelungen oder Saisonarbeit tätig waren bzw. tätig werden, sind entsprechend ihres Anteils zu berücksichtigen. Auszubildende sind nicht zu berücksichtigen.

5. Arbeitsplatzeffekte

5.1 Für die Durchführung des Vorhabens geplante Anzahl

	gesamt	davon weiblich
bereits im Unternehmen vorhandener Personalkapazitäten (Angabe in Jahresarbeitseinheiten ¹)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
davon in Forschung und Entwicklung	<input type="text"/>	<input type="text"/>
neu einzustellender Personalkapazitäten (Angabe in Jahresarbeitseinheiten ¹)	<input type="text"/>	
davon in Forschung und Entwicklung	<input type="text"/>	
gesamt	<input type="text"/>	

Hinweis: Bitte Angabe der tatsächlich im Projekt eingesetzten Personalkapazitäten in Jahresarbeitseinheiten. Erläuterung: Werden im Projekt 3 Mitarbeiter mit 50 Prozent ihrer Arbeitszeit eingesetzt, so entspricht dies 1,5 Jahresarbeitseinheiten.

5.2 Für die kommerzielle Verwertung der Vorhabensergebnisse geplante Anzahl

neu einzustellender Personalkapazitäten (Angabe in Jahresarbeitseinheiten¹)

6. Verwertungsplan für die Umsetzung der Vorhabensergebnisse (bei erfolgreicher Vorhabensrealisierung)

Geplantes Jahr der Markteinführung (JJJJ)

Erwartete Nutzungsdauer der Projektergebnisse in Jahren (Produkt- bzw. Technologielebenszeit)

Erwarteter zusätzlicher Umsatz aus der Verwertung der Vorhabensergebnisse (Durchschnittswert in T€ pro Jahr)

Bitte erläutern Sie Ihr Verwertungskonzept (siehe 14. – Gliederung der Vorhabensbeschreibung).

7. Geplante Beiträge des Vorhabens zur Verbesserung der Umweltbedingungen (Mehrfachnennungen möglich)

- Umweltschutz/Ressourcenschonung/Risikoprävention:
- Abfallminderung/-vermeidung**
 - geringerer Materialeinsatz (Minderung von Gewicht/Volumen)**
 - Minderung der Luftschadstoffe**
 - Verbesserung Recyclingfähigkeit/biologische Verträglichkeit**
 - Lärminderung**
 - Begünstigung der Biodiversität**
 - Verbesserung der Wasserqualität**
 - Verminderung von Emissionen aus Materialien**
 - Verbesserung der Biodiversität**
 - Verminderung der Flächeninanspruchnahme**
 - Risikoprävention**
 - Katastrophenresistenz**

- Nutzung alternative Energien und Energieeffizienz:
- Biomasse**
 - Geothermie**
 - Sonnenkollektoren**
 - Windenergieanlagen**
 - Wasserkraft**
 - Photovoltaik**
 - Wärmepumpen**
 - Minderung des Energieverbrauchs**

Bitte beschreiben Sie unter Ziffer 6 Ihrer Vorhabensbeschreibung (siehe 14., Gliederung der Vorhabensbeschreibung) kurz – entweder wie bei Ihrem Vorhaben die positiven Umweltwirkungen erreicht werden – oder warum Ihr Vorhaben umweltneutral ist.

8. Vorkalkulation

8.1 Erklärungen zur Vorsteuerabzugsberechtigung und Wahl der Abrechnungsmethode

- Der Antragsteller ist zum Vorsteuerabzug berechtigt. Die Umsatzsteuer ist in der Vorkalkulation nicht veranschlagt.**
- Der Antragsteller ist nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt. Die Umsatzsteuer ist in der Vorkalkulation veranschlagt.**
- Der Antragsteller ist teilweise zum Vorsteuerabzug berechtigt.**

Umsatzsteuersatz (in %)

Hinweis: Im Rahmen der Technologietransferförderung gibt es ausschließlich die Möglichkeit der Abrechnung nach Nr. 6 NBest-SF-Kosten (vereinfachte Abrechnung). Dabei kann zusätzlich eine Gemeinkostenpauschale von 25 % der förderfähigen Personalkosten beantragt werden.

Es wird die Gewährung einer Pauschale für die Abdeckung der indirekten Kosten/Ausgaben (Gemeinkosten) gemäß Richtlinie beantragt. Eine Kurzdarstellung, inwieweit die Umsetzung des Projektes zu einem Anfall von Gemeinkosten führt, wird dem Antrag beigefügt.

- ja**
- nein**

8.2 Vorkalkulation (Daten)

geplante Vorhabenslaufzeit

von (TT.MM.JJJJ)	durch SAB geprüft
bis (TT.MM.JJJJ)	durch SAB geprüft

	Einzelkosten (in €)	durch SAB geprüft
Immaterielle Wirtschaftsgüter (Patent- Lizenz- und Know-how-Erwerb)		
FuE-Fremdleistungen (Auftragsforschung laut Richtlinie)		
Externe Beratungsleistungen		
Personalkosten		
Gemeinkostenpauschale soweit beantragt (abgerundet auf ganze €)		
Gesamtkosten des Vorhabens		

Hinweis zu den Kostenpositionen Immaterielle Wirtschaftsgüter und FuE-Fremdleistungen:
Diese Kosten müssen zusammen mehr als 50 % der Gesamtkosten des Vorhabens ausmachen!

8.3 Erläuterungen zu Einzelpositionen aus 8.2: Immaterielle Wirtschaftsgüter, Auftragsforschung und Beratungsleistungen

lfd. Nr.	Auftragnehmer und Nummer des beigefügten Angebotes	Art der Leistung	Auftragssumme (in €)
1	2	3	4

Immaterielle Wirtschaftsgüter (Erwerb von Patentrechten, Lizenzen oder Know-how-Erwerb)

Summe immaterielle Wirtschaftsgüter			

FuE - Fremdleistungen (Auftragsforschung)

Summe Fremdleistungen für Forschung und Entwicklung			

Externe Beratungsleistungen von Technologiemitlern und Technologiegebern

Summe externe Beratungsleistungen			

Hinweise:

- Bei Vorsteuerabzugsberechtigung ist ohne Umsatzsteuer zu kalkulieren.
- **Bei der Auftragsvergabe sind die jeweils einschlägigen Bestimmungen der Nr. 3 NBest-SF-Kosten zu beachten. Bei nicht marktgängigen Leistungen sind formgebundene Angebote und bei Auftragsforschung zusätzlich der Entwurf eines FuE-Vertrages zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer vorzulegen.**
- Aufgrund beihilferechtlicher Vorgaben der EU ist der Erwerb von Patentrechten, Lizenzen oder nicht patentierten Know-how nur unter Einhaltung des sog. „Arm’s-length-

Prinzips“ möglich. Nach diesem Grundsatz dürfen sich die Bedingungen des Rechtsgeschäfts zwischen den Vertragsparteien nicht von jenen unterscheiden, die bei einem Rechtsgeschäft zwischen unabhängigen Unternehmen festgelegt werden dürfen. Es dürfen daher insbesondere keine wettbewerbswidrigen Absprachen getroffen werden. Sollten z.B. im beantragten Vorhaben entsprechende Vereinbarungen zur Ausgrenzung weiterer Wettbewerber geschlossen werden - die aus den vorgelegten Angeboten selber nicht erkennbar sind - ist dies der SAB gesondert mitzuteilen.

9. Finanzierung des Vorhabens

Kosten des Vorhabens
(Übertrag aus 8.2)

Betrag (in €)	durch SAB geprüft

Finanzierungsplan
Eigenmittel des Antragstellers

Betrag (in €)	durch SAB geprüft

Mittel Dritter/Einnahmen
Bezeichnung des Drittmittelgebers/der Einnahme

Betrag
(in €)

Summe Mittel Dritter/Einnahmen

--	--

beantragte Förderung
beantragte Förderquote

(in %)

--	--

beantragte Zuwendung
(Produkt aus Kosten des Vorhabens und beantragter Förderquote)

--	--

Summe Finanzierung
(Eigenmittel + Summe Mittel Dritter/Einnahmen + beantragte Zuwendung)

--	--

10. Auszahlungsplan

Im Falle einer Bewilligung können 20 % des Zuwendungsbetrages vorerst nicht in Anspruch genommen werden. Die Auszahlung dieser Mittel erfolgt nach Prüfung des vollständigen Verwendungsnachweises. Bitte planen Sie den entsprechenden Betrag in Höhe von 20 % der beantragten Zuwendung für die Auszahlung nach Ende des Vorhabens.

Geplante Inanspruchnahme der Zuwendung im jeweiligen Kalenderjahr:

					Summe
Kalenderjahr (JJJJ)					
Zuwendung (in €)					
durch SAB geprüft					

11. Kurzfassung (zur Verwendung als Presseinformation)

Geschichte des Unternehmens, Erzeugnis- und Leistungsprofil

Allgemeinverständliche Darstellung der Vorhabensziele

Mögliche Auswirkung des Vorhabens auf die Tätigkeiten des Unternehmens

Erklärung: Das Einverständnis zur Veröffentlichung des vorstehenden Textes wird erklärt (siehe 13.).

12. Unterlagen zum Antrag

1. Vorhabensbeschreibung
 - Das Vorhaben ist nach der beigefügten Gliederung zu beschreiben (inklusive Balkenplan)**
2. Anlagen zur Erläuterung der Kalkulationsansätze
 - Falls der Antragsteller nicht oder teilweise zum Vorsteuerabzug berechtigt ist: Entsprechende Bestätigungsschreiben des Finanzamtes**
3. Angebote
 - formgebundene Angebote von Technologiegebern und Technologiemitgliedern** (bei Notwendigkeit, siehe 8.3)
4. Verträge
 - Vertragsentwürfe**
(nur bei Notwendigkeit, siehe 8.3)
5. Drittmittelerklärungen/-verträge
 - (nur bei Finanzierungen über Drittmittel)
6. Bonitätsunterlagen bei privatrechtlichen Antragstellern
 - Vollständige Jahresabschlüsse der letzten beiden Geschäftsjahre**
 - Aktuelle betriebswirtschaftliche Auswertung des laufenden Geschäftsjahres**
 - Gesellschaftsvertrag**
 - Aktueller Handelsregisterauszug** (bzw. Vereinsregisterauszug, Genossenschaftsregisterauszug)
 - KMU-Erklärung** (siehe Anlage)
 - Rentabilitätsvorschau** (siehe Anlage)

7. Unterschriftenproben/Zeichnungsbefugnisse
 - (siehe Anlage)
8. Erklärung kein Unternehmen in Schwierigkeiten
 - (siehe Anlage)

Die Vorlage der genannten Unterlagen ist, soweit keine Einschränkung angegeben ist, Voraussetzung für die Bearbeitung Ihres Antrages.

13. Erklärungen des Antragstellers

Die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität sowohl der vorstehenden als auch der in den Anlagen zum Antrag gemachten Angaben und Erklärungen wird hiermit versichert. Ferner versichert der Antragsteller, dass kein Insolvenzverfahren, Zwangsvollstreckungsmaßnahmen (einschließlich Abgabe einer eidesstaatlichen Versicherung) oder Mahn-/Klageverfahren, die für seine wirtschaftlichen Verhältnisse von Bedeutung sind, beantragt oder durchgeführt und auch keine Kreditkündigungen ausgesprochen oder Scheckretouren/Wechselproteste vorgekommen sind.

Ich erkläre, dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und erst nach Entscheidung der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – über meinen Antrag mit dem Vorhaben begonnen wird. Als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchungen, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (z.B. Gebäudeabriss, Planieren) nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.

Ich versichere, dass für das Vorhaben keine finanzielle Förderung bei einer anderen Stelle beantragt wird bzw. bewilligt wurde.

Ich versichere, dass der durch die Zuwendung nicht gedeckte Teil der Kosten des Vorhabens selbst aufgebracht bzw. durch Mittel Dritter finanziert werden kann (siehe 9.).

Der beantragten Zuwendung liegen Subventionen zu Grunde, auf welche § 264 Strafgesetzbuch (StGB) und § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen vom 14. Januar 1997 i. V. m. §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) Anwendung finden.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass alle in diesem Formular in den Ziffern 1 bis 4, 8, 9 und 13 sowie die in der Vorhabensbeschreibung und Erklärungen getätigten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 StGB sind und ein Subventionsbetrug nach § 264 StGB strafbar ist. Dem Antragsteller ist bekannt, dass ferner Handlungen bzw. Rechtsgeschäfte, die unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen werden, sowie Scheingeschäfte und Scheinhandlungen (§ 4 SubvG) subventionserhebliche Tatsachen sind.

Dem Antragsteller sind weiterhin die nach § 3 SubvG bestehenden Mitteilungspflichten bekannt, wonach der SAB unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen sind, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Ich erkläre, dass gegen mein Unternehmen keine Rückforderungsanordnung aufgrund einer Kommissionsentscheidung über die Unrechtmäßigkeit einer gewährten Beihilfe mit dem gemeinsamen Markt vorliegt, der ich nicht fristgerecht in voller Höhe Folge geleistet habe.

Ich versichere, dass gegenüber dem Zuwendungsgeber keine Folgekosten geltend gemacht werden. Dem Antragsteller ist die Richtlinie, für die dieser Förderantrag gestellt wurde, in der geltenden Fassung bekannt.

Ich erkläre mein Einverständnis zur Prüfung des Antrages durch Sachverständige oder Gutachter.

Ich stimme der Veröffentlichung des Textes unter 11. zu.

Nach Art. 115 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 sind die Verwaltungsbehörden des Freistaates Sachsen verpflichtet, im Interesse einer verbesserten Transparenz über alle gewährten Zuwendungen aus Strukturfondsmitteln der EU alle 6 Monate ein aktualisiertes Verzeichnis zu veröffentlichen, das Auskunft über die einzelnen Begünstigten, die jeweiligen Vorhabensbezeichnungen, Vorhabensorte, Vorhabenszeiträume und die jeweiligen Gesamtsummen der förderfähigen Ausgaben/Kosten pro Vorhaben sowie deren EU-Kofinanzierungssätze gibt. Mit der Annahme der Finanzierung erklären Sie zugleich Ihr Einverständnis zur Aufnahme der vorgenannten Angaben in dieses Verzeichnis. Eine Zuwendung nach Regeln der EU-Mittelvergabe kann nur bei Veröffentlichung der vorgenannten Angaben erfolgen.

Des Weiteren wird der Antragsteller im Falle einer Bewilligung über die Nebenbestimmungen zum Bescheid (NBest-SF-Kosten) zur Einhaltung von Informations- und Publizitätsmaßnahmen verpflichtet. Ich erkläre, dass mir die NBest-SF-Kosten bei Antragstellung vorlagen und ich vom Inhalt Kenntnis nehmen konnte.

Ich erkläre, dass bei der Auswahl des neu einzustellenden und geförderten Personals jegliche Form von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse oder ethnischer Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung ausgeschlossen wird. Zudem wird insbesondere das Prinzip der Gleichstellung von Männern und Frauen gewahrt.

Kann eine der vorstehenden Erklärungen nicht abgegeben werden, so ist dazu eine Begründung beizufügen.

Mir ist bekannt, dass die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - gemäß § 8 a Förderbank-Gesetz zur Erfüllung ihrer Aufgaben befugt ist, personenbezogene Daten von Antragstellern und Kunden der Bank zu verarbeiten.

Ich erkläre, dass ich das Datenschutz-Informationenblatt DSGVO (SAB-Vordruck 64005) erhalten und den Inhalt zur Kenntnis genommen habe.

Ort
Datum (TT.MM.JJJJ)

Unterschrift Stempel

14. Gliederung der Vorhabensbeschreibung

Bitte fertigen Sie die Vorhabensbeschreibung nach folgender Gliederung an:

1. Gesamtziel des Vorhabens

- Welche Produkt- oder Verfahrensinnovationen sollen übertragen werden? (kurze, prägnante Darstellung)

2. Stand der Technik im Unternehmen

- ausführliche fachliche Beschreibung zum Stand der Technik im Unternehmen zum Zeitpunkt der Antragstellung
- Darstellung der Schutzrechtssituation (eigene und fremde Schutzrechte).

3. Technische Arbeitsziele des Vorhabens und vorgesehene Lösungswege

- ausführliche fachliche Erläuterung der mit dem Vorhaben angestrebten technischen Arbeitsziele im Vergleich zum Stand der Technik im Unternehmen (eventuell tabellarisch)
- vorgesehene Lösungswege zur Erreichung der Vorhabensziele im Vergleich zum Stand der Technik im Unternehmen
- Angabe der zu erreichenden Verfahrens- oder Produktparameter, Eigenschaften, Funktionen usw.

4. Technische Erfolgsaussichten

- Einschätzung der Erreichbarkeit der Ziele
- Darstellung des überdurchschnittlich hohen technischen und damit verbundenen finanziellen Risikos bei der Integration neuer Technologien in die innerbetrieblichen Prozesse
- Aufwendungen nach Ende des Vorhabens bis zur Erreichung der Serienreife oder eines gleichwertigen umsatzwirksamen Arbeitsstandes (Zeit, Ressourcen).

5. Verwertungspotenzial

Verwertungspotenzial der Vorhabensergebnisse für den Antragsteller selbst und für den Freistaat Sachsen (Erläuterung und Untersetzung der Angaben in Punkt 6 :

- Anzahl der im Zusammenhang mit der Durchführung des Vorhabens beschäftigten Personen (während der Laufzeit des Transferprojektes)

- Anzahl neu zu schaffender Arbeitsplätze im Zusammenhang mit der Verwertung der Ergebnisse des Vorhabens (im Anschluss an das Transferprojekt)
- Erwartete Umsatzentwicklung aus der Verwertung der Ergebnisse des Vorhabens (im Anschluss an das Transferprojekt)
- Darstellung des konkreten Verwertungskonzeptes und Darstellung zu den Erwartungen an eine Verbesserung der Wettbewerbs- und Marktposition insgesamt (neue Geschäftsfelder und Produkte, potenzielle Marktanteile, Kunden, Stückzahlen und Preise, erwartete Nutzungsdauer der Vorhabensergebnisse in Jahren).

6. Beiträge des Vorhabens zur Verbesserung der Umweltbedingungen

- Darstellung und Erläuterung der Beiträge des Vorhabens zur Verbesserung der Umweltbedingungen gemäß den Angaben in Punkt 7.

7. Begründung der Wahl der Auftragnehmer

8. Wirtschaftliche Verhältnisse des Antragstellers

- Erläuterung der bisher im Unternehmen vorhandenen Produkte sowie der Markt- und Kundenstruktur
- Darstellung der bisherigen Unternehmensentwicklung in Bezug auf Beschäftigungs- und Umsatzwachstum (bitte Jahresarbeitseinheiten und Umsatz der letzten 5 Geschäftsjahre angeben und die Entwicklung kurz beschreiben).